

antworten

● Unser Bemühen, von den Erscheinungen zur Wurzel und damit den Ursachen aller Anormalitäten in der deutschen Frage vorzudringen, ist der einzige Weg, den Punkt zu erkennen, von dem alle Überlegungen und Anstrengungen für eine erfolgreiche Lösung dieser Frage einsetzen müssen. Denn es stellt nichts mehr und nichts weniger dar, als die in politische Leben übertragene Erkenntnis, daß man nicht den zweiten vor dem ersten Schritt tun kann, will man nicht auf die Nase fallen.

Wer sich z. B. um die Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten bemühen will, muß sich schon für die Ursachen interessieren, die zu seiner Einschränkung führten. Auch sie liegen — ob man das nun wahrhaben will oder nicht — objektiv im revanchistisch-aggressiven Wesen des westdeutschen Imperialismus und der von seinen regierenden Sachwaltern geschürten feindseligen Politik gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat in der deutschen Geschichte begründet.

● Wenn nutzt es, zunächst ausschließlich über kleine Schritte zu menschlichen Erleichterungen zu sprechen, wenn dadurch die friedensbedrohende und entspannungsfeldige Konzeption der Bundesregierung nicht aufgehoben wird und damit der Alpdruck eines Atomwaffenkrieges und der Vertiefung der Spaltung — also die wichtigsten X-Strahlen der Unmenschlichkeit — unberührt bleiben?

Wir haben nicht umsonst 12 Jahre lang bei offener Grenze Lehrgeld bezahlt. Die „Verhaftungs- und Mordhetze“ gegen die SED und ihre Führer beweist noch einmal mehr, wie gut es war, daß wir unsere Grenze gegen dieses reaktionäre Gesindel dicht gemacht haben und sorgsam schützen und daß es geradezu selbstmörderischer Wahnsinn wäre, auch nur an einer Stelle unsere Grenze zu öffnen (Prof. Dr. Gerhart Eisler).

● Wenn nutzt es, zunächst ausschließlich über kleine Schritte zu menschlichen Erleichterungen zu sprechen, wenn dadurch die zu neuen Provokationen und Komplikationen ermuntert werden, die zuerst den Bau der „Mauer“ herbeigeführt und dann auch noch alles getan haben, um sie völlig undurchlässig zu machen?

Wir haben nicht umsonst 12 Jahre lang bei offener Grenze Lehrgeld bezahlt. Der alle sich bietenden Chancen raffigert auszusetzen un-menschlichen Atomrüstungs- und Revanchepolitik der Hiltzgenerale im Lande des KZ-Baumeisters Lübke kann man nicht dadurch entgegen-treten, daß etwa die DDR ihre Straßen- und Eisenbahnen diesen Herren als Rollbahn Hannover-Berlin-Frankfurt (Oder) zur Verfügung stellt!

DDR-Staatsgrenze = Friedensgrenze 5

Die Staatsgrenze der DDR orientiert auf Grundfragen

Nehezu fünf Jahre ist es her, daß am 13. August 1961 durch den antisozialistischen Schutzwall in Berlin unsere Staatsgrenze wirksam gesichert wurde. Aus diesem Anlaß — die Schmähungen und Verleumdungen des Gegners gegen diese Grenze ließen seit jenem Tag nicht nach — veröffentlichten wir seit vier Wochen eine Serie von Manfred Scholz, Fakultät für Journalistik, deren letzter Beitrag heute vorliegt.

(Gerhard Danelius auf dem 1. Parteitag der SED-Westberlin).

● Wenn nutzt es, zunächst ausschließlich über kleine Schritte zu menschlichen Erleichterungen zu sprechen, wenn dadurch noch Wasser auf die Mühle derer geleitet wird, die nichts schmerzlicher wünschen, als uns durch dritt- und viertragige Fragen von den dringenden Lebensfragen der Nation und den notwendigen Veränderungen in Westdeutschland ablenken zu können?

Wir haben nicht umsonst 12 Jahre lang bei offener Grenze Lehrgeld bezahlt. Je lieblicher die Sirenentöne des Feindes klingen, desto dringender sind wir angehalten, Wort und Tat des Feindes gegeneinander abzuwägen (Walter Heynowski/Gerhard Scheumann in der ND-Serie „Kongo-Möller“, 1. Teil). Sie sprechen von „Wiedervereinigung“ — aber bereiten die Wiedereinverleibung der DDR vor. Sie versenden „Friedensnoten“ in die Welt — aber verstärken ihre revanchistischen Gebietsansprüche. Sie stoßen weinerliche Sirenentöne für die „armen Brüder und Schwestern jenseits der Zonen-grenze“ aus — lehnen aber im gleichen Atemzuge den einzigen Weg zur Erleichterung der persönlichen Beziehungen ab und verbauen ihm immer mehr. Sie entrollen sich über die „Schandmauer“ — aber konservieren feixend jene Zustände, die Stachelndraht und Schutzwall zu unentbehrlichen Mitteln deutscher Friedenspolitik erhoben haben.

● Damit wenden wir uns selbstverständlich nicht gegen kleine Schritte, nur müssen es Schritte sein, die uns tatsächlich schrittweise der Lösung entscheidender Probleme näherbringen, die mit einem Schlage eine ganze Reihe von „kleinen Fragen“ gegenstandslos machen würde.

Wir stellen eine Tatsache fest, die niemand aus der Welt reden kann: Alle Vorschläge, die seit dem zweiten Weltkrieg zur Entspannung der Lage in Deutschland gemacht worden sind, stammten aus der Hauptstadt der DDR. Von der Bundesregierung ist in all diesen Jahren kein einziger Vorschlag gemacht, aber allen Vorschlägen der DDR ein kategorisches

Nein entgegengesetzt worden. Nein zur Abrüstung! Nein zu den Vorschlägen für Verzicht auf atomare Rüstung! Nein zu den Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten! Nein zu ihrer Konföderation! Nein zum Nichtangriffspakt! Nein zur Anerkennung der Grenzen! (Prof. Albert Norden auf der XXIII. Deutschen Arbeiterkonferenz). Aber plötzlich Ja zu kleinen Schritten? Das müßte selbst einem Guigläubigen doch sehr verdächtig vorkommen.

Wenn diese Grundfragen als zu umfassend angesehen werden, können erste Gespräche auch über begrenzte Themen geführt werden. Eine solcher Minimumfragen, auf die z. B. im Deutschlandsendegespräch vom 20. 2. 1966 hingewiesen wurde, könnte u. a. das gemeinsame Auftreten von SED und SPD gegen den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam sein. Das wäre ein begrenztes Thema, aber doch ein Teilaspekt der Grundfrage.

● Wir haben auch praktisch demonstriert, wie ernst es uns um Erleichterungen der durch den von Westdeutschland und Westberlin ausgehenden kalten Krieg belasteten menschlichen Beziehungen zu tun ist. Doch wo blieb die Gegenleistungen zu diesen echten „Vorleistungen“?

Schließlich ist es einzig und allein der Initiative, Beharrlichkeit und Kompromißbereitschaft der DDR zu danken, wenn 1964, 1965 und 1966 auf Grund der Vorschläge unserer Regierung trotz des massiven Stiefens der CDU die Bevollmächtigten der DDR-Regierung und des Senats von Westberlin befristete Passierscheinabkommen unterzeichnen konnten.

● Aber man darf bei diesem Erfolg der Vernunft und des guten Willens zweiseitig nicht übersehen: 1. Angelegenheiten, die zwischen-staatliche Beziehungen betreffen — und dazu gehört auch der Problemkreis des Grenzverkehrs — bedürfen gültiger vertraglicher Regelungen. Zu ihnen gelangt man nur einmal nur im Ergebnis offizieller Verhandlungen gleichberechtigter Partner.

In Westberlin ist die SPD-Regierungspartei, in Westdeutschland aber leider nicht.

2. Die Entwicklung der letzten Jahre beweist, daß es verfehlt wäre, zu weitgehenden Hoffnungen an kleine Schritte wie diesen zu knüpfen.

Ist z. B. etwa durch den Besucherstrom von rd. 700 000 Westberlinern zur Osterzeit im Verhältnis zwischen dem beiden deutschen Staaten und dem besonderen Territorium Westberlin eine Entspannung eingetreten?

● Unser wichtigster Beitrag zur Entspannung und Vorbereitung der Konföderation besteht darin, die DDR als Heimstätte des Friedens und Humanismus in Deutschland so stark, wohlhabend und schön zu machen, daß sie auf der Waage der deutschen Dinge immer schwerer wiegt.

Seit den immer größeren nationalen und internationalen Auswirkungen der täglichen Arbeit unserer Werktätigen dürfte die Lösung „Stärkung und Schutz der DDR“ für keinen gutwilligen Bürger mehr ein Schlagwort sein. Gerade wer sich den bedeutenden humanistischen Traditionen der Wissenschaftsgeschichte in Deutschland verbunden fühlt, kann mit der Entscheidung nicht zögern. Jenes grundsätzliche Neue in unserer Geschichte, das der Intelligenz die Freiheit einer neuen Entscheidung brachte, ist Gestalt geworden in dieser Res publica im eigentlichen Sinne, in ihrer Verpflichtung gegenüber den Idealen der Freiheit und der Menschlichkeit.

Aus all dem ergibt sich:

Über die Kernfragen der deutschen Politik sprechen, heißt heute vor allem, den Menschen im gespaltenen Deutschland das Leben leichter zu machen. Denn es sind die menschlichsten aller menschlichen Fragen. Deshalb ist es hagenauer richtig, wenn unsere Partei die Aufmerksamkeit auf diese Kernfragen lenkt. Denn das entspricht dem Sinn der Geschichte, dem Wesen unserer Epoche, den Interessen des gesamten deutschen Volkes und der Völker der Welt.

SUMMA SUMMARUM:

„Wir sind zu Kompromissen bereit, die der Sicherung des Friedens dienen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung der beiden deutschen Staaten.“

Wir sind jedoch nicht gewillt, auch nur den kleinsten Schritt zu tun, der die Revanchisten und Militaristen in Bonn ermutigen würde und deren Alleinvertretungsanspruch nützen könnte.“ (Dritter offener Brief des ZK der SED).

Nicht die Staatsgrenze der DDR steht zur Diskussion, sondern der Frieden in ganz Deutschland!

antworten

zitate

„Berliner Modell“

Warum häufen sich gegen-tig die Angriffe auf die relativ fortschrittliche Hochschulreform der Westberliner „Freien Universität“?

Die ideale Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, die sich 1948 zur Gründung der Freien Universität zusammengeschlossen hatte, ist längst zerfallen. Es gibt so viel „Berliner Modelle“ als es Blätter gibt.

Das „Berliner Modell“ wird nun schon lange genug geredet. Es kommt fast täglich in den Medien vor. Es ist ein Modell, das die Zusammenarbeit von Studenten und Professoren im akademischen Senat, Fakultäten nicht mehr, sondern in der jüngsten studentischen Aktion, ausgelöst durch die drohende „Zwangsmatrikulation“ und die scharfe Reaktion von Rektor und Akademischen Senat auf die westdeutschen „Immatrulationskämpfe“ und die AUSA-Vorstellungen, müssen logischerweise darauf hinauslaufen, das „Berliner Modell“ vollends akzeptanzfähig zu machen.

Doch die jüngsten studentischen Aktionen, ausgelöst durch die drohende „Zwangsmatrikulation“ und die scharfe Reaktion von Rektor und Akademischen Senat auf die westdeutschen „Immatrulationskämpfe“ und die AUSA-Vorstellungen, müssen logischerweise darauf hinauslaufen, das „Berliner Modell“ vollends akzeptanzfähig zu machen.

Das „Berliner Modell“ wird auf diese Weise nicht wieder mit Leben erfüllt sein. Sollte sich nicht bald in beiden Seiten ein Sinneswandel abzeichnen, würde nur noch eine Möglichkeit, um die vergiftete Atmosphäre zu reinigen: Verzicht auf einen prinzipiellen gewandten Märschschritt der studentischen

„Berliner Modell“ wird auf diese Weise nicht wieder mit Leben erfüllt sein. Sollte sich nicht bald in beiden Seiten ein Sinneswandel abzeichnen, würde nur noch eine Möglichkeit, um die vergiftete Atmosphäre zu reinigen: Verzicht auf einen prinzipiellen gewandten Märschschritt der studentischen

Faksimiles in dieser Halbtagesausgabe „Die Welt“, 21. 4.; „Die Welt“, 21. 4.; „Der Kurier“, 22. 4.; „Die Welt“, 21. 4.; „Die Welt am Sonntag“, 22. 4.

Der Tenor dieser Kommentare der Westpresse lautet: Das „Berliner Modell“ muß weg! man muß den Herren beschreiben, daß sie Forderung recht raffiniert vorbereitet haben. Seit über einem Jahr nämlich knallen die Blätter mit Schlagzeilen wie „Wieder Streit um ein Modell“ und ähnlichen. Wer also nicht weiß, daß Hauptinhalt dieser für Westdeutschland und Westberlin tatsächlich einmaligen Hochschulreform an der Dahlemer „Freien Universität“ die (wenn auch nur formal) gleichberechtigte Mitbestimmung der Studenten ist, wer demzufolge die Hiltzgenerale nicht erkennt, der fragt sich höchstens, warum dieses Streitobjekt nicht längst beseitigt ist.

In Wahrheit steht die „Hiltz-Gen-Diö“ im Pate. Wahr ist, daß das „Berliner Modell“ nicht wärmtig nicht funktioniert. Aber doch nicht selbst untauglich wäre, sondern es ist vom Körper, angestachelt durch reaktionärste Kräfte der CDU, der (an der FU nicht zugelassenen) KPD, in Mai 1965 verbot Rektor Lüers eine politische Veranstaltung der Studenten, Anfang 1966 wurde die haupt verbot, sollen — ohne Zustimmung der Fakultäten — indirekt Korporationen zugelassen werden. Zwangsmatrikulationen beschlossen, ohne die Studenten die Universität reformieren. Und weil sich die Studenten gegen diese gewaltig ihre Rechte wehren, schieben „Kurier“, „Welt“ und „Welt am Sonntag“ (Faksimiles) auch noch den Schwarzen Peter zu.

Vor Monaten schrieben wir schon, beide Welt-Universitäten — und gerade die FU — formale Demos jammerten die Westgazetten nach den Streikereien. Heute ist der Pferdefuß offensichtlich. Wir erinnern an das in UZ 26/66 (S. 6) zitierte „Berliner Modell“-Interview mit Prof. Sothermer: Das „Berliner Modell“ war solange gut, solange die Studenten mit der Regierungspolitik konform waren. Die Rechte der Studenten gegen Nationalsozialismus gegen den Vietnamkrieg, für eine echte Politik gegen den deutschen Staat, genutzte westdeutsche Part ab. Demokratie ist Gift für Erbsünde der „Berliner Gesellschaft“. Und die SPD läßt sich Erhardt Diktatorgeleiste auf Westberlin ausbreiten. Siehe FU-Putschversuche, siehe Postscriptum Verhandlungen!

fakten

AUS

WESTBERLIN

Studenten solidarisch mit Vietnam

Vor der „Freien Universität“ Westberlin-Dahlem versammelten sich am Freitag der vorigen Woche erneut 2000 Studenten zu einer Protestkundgebung gegen die amerikanischen Verbrechen in Vietnam. Unter stürmischem Beifall brachten die Redner ihre Solidarität mit der Nationalen Befreiungsfront zum Ausdruck, charakterisierten die USA-Politik als faschistisch und brandmarkierten die Bonner Mordhilfe. Ein Versuch, die Demonstration durch ein proamerikanisches Grüppchen zu stören, schlug fehl. Eine amerikanische Fernsehgesellschaft drehte jedoch, um die Proteste abzuwerten, nach Kundgebungsschluß mit der Störgruppe nach gestellte Aufnahmen. (nd)

AUS

WESTDEUTSCHLAND

Faschistische Schläger von Andech können sich hinter der Bürokratie verschansen

Ungefähr eine Woche brauchte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München, um die Ermittlung gegen die antisemitischen und revanchistischen Ausschreitungen von Korpsstudenten in Andech einzuleiten. Durch einen üblen Trick — die Provokateure beschuldigten ihrerseits ihre Opfer — stehen der Polizei als Zeugen nur noch „Beschuldigte“ zur Verfügung, weshalb eine „Klärung“ der Vorfälle als ziemlich aussichtslos eingeschätzt wird. Die Korpsstudenten hatten in einem öffentlichen Lokal Nazilieder gesungen und, zur Rede gestellt, mit wüsten Beschimpfungen wie „Judensau“ und einer schwarzen Schlägerei geantwortet. Bereichenderweise hielt es die Polizei für notwendig zu „prüfen“, ob sich die Studenten durch das Absingen von „Es zite“ die marschen Knochen...“ überhaupt stolbar gemacht haben.

Neueste Errungenschaft bundesrepublikanischer Größenwahn: der Intelligenzverein „Deutsche Mensa e. V.“, mit dem endlich die Gleichwertigkeit mit z. B. englischem Spleen nachzuweisen ist. Allerdings hat der 1945 gegründete britische Klub schon 3000 Mitglieder, der westdeutsche erst 24. Die Zahl aufzuheben ist schwieriger, als es aussieht: Durch rund 150 Rechenaufgaben, Scherz- und Fangfragen wird der „Intelligenz-Quotient“ (I. Q.) 105 — für eine „Mensa“-Mitgliedschaft ermittelt, den in Amerika einige Leute sogar auf ihren Visitenkarten stehen haben. Mitglied werden kann, wer mehr als 128 I. Q.-Punkte schafft. Noch keine exakte Aussage gibt es allerdings darüber, wie intelligent die Intelligenzprüfung selbst eigentlich ist. Einzige Anhaltspunkte bisher: Einerseits sind unter den bisher 24 ein 12- und ein 13-jähriger Schüler; andererseits errechneten Wissenschaftler für Kopernikus postum einen I. Q. von 23 Punkte zuzurechnen!

„Kleine Gemeinde — große Sorgen! (1. bis 6. Schuljahr — 25 Kinder brauchen einen Lehrer. Später Anschluß für Lehrer an MP-Schule (4 km entfernt) gesichert. Warmer Empfang, große Lehrerwohnung mietfrei, Garten, Jagd und Fischfang. Anruf erbeten per R-Gespräch.“

Faksimile aus „Die Welt“, 21. 4.

Es ist tatsächlich zum Lachen, wie hier eine Gemeinde um Lehrer wirbt, erst recht, wenn man versucht, sich den „warmen Empfang“ irgendwie gegenständlich vorzustellen. Deshalb placierten wir das Faksimile an dieser Stelle. Das darf aber nicht verdecken, wie ernst es ist, daß eine Gemeinde mit Garten, Jagd, Fischfang, freier Mieta und R-Gespräch Lehrer werben muß! Deutlicher läßt sich die Misere eines Schulwesens nicht demonstrieren. Übrigens — um Unterschiede augenfällig zu machen, tessen Sie sich selbst: In welchem Staat ist diese Anzeige veröffentlicht worden? Wir haben es bis hierhin verschwiegen, haben Sie deshalb auch nur einen Augenblick lang daran gezweifelt, daß es sich um das Zwergschul-Edorado des Herrn Lübke handelt?

Bundeswehr okkupiert immer mehr Studienplätze

Die Bundeswehr hat in diesem Jahr 210 zusätzliche Stipendien für Studienplätze an westdeutschen Hochschulen zur Verfügung gestellt. Unter den gegenwärtig 1627 direkt von der Bundeswehr finanzierten Ausbildungsplätzen stellen solche für Mediziner und Ingenieure den größten Anteil.

fakten

glossen

Grundsteinlegung an der für die Elite geplanten Universität Konstanz: Feierliche Reden, traditionelle Hammer-schläge — alles, wie es sich wohl überall gehört. Daß aber zur gleichen Zeit eine Protestkundgebung aufgebracht Eltern von Volksschülern gegen die Universitätsgründung stattfand, weil sie in schreiendem Widerspruch zu den Volksschulverhältnissen in Konstanz steht — das gehört wohl nur in Westdeutschland dazu!

Prof. Thalheim heuchelt

Rolf Seeliger hat das vierte Heft seiner Dokumentation „Braune Universität, Deutsche Hochschullehrer gestern und heute“ herausgebracht. In dem Westberlin gewidmeten Heft findet sich Herr Prof. Dr. Karl C. Thalheim, Direktor des Osteuropa-Instituts (sic). Seeliger bot den von ihm Angegriffenen Platz für eine Stellungnahme. Im Falle Thalheim sieht das Ganze so aus:

„Damals“ war er Leiter des Leipziger Weltwirtschaftsinstituts und schrieb schon 1930 („Der deutsche Osten“, S. 388 ff.): „... aber im Staate Adolf Hitlers ist die Erkenntnis von der Sendung unseres Volkes im Ostraum... ein Grundprinzip unseres Handelns geworden.“ und: „Dazu ist erforderlich, daß im ostdeutschen Menschen selbst wieder das Bewußtsein seiner Sendung bewahrt wird, daß er seine Heimat... als Vorposten... aufstellt.“

In Seeligers Dokumentation läßt Thalheim

Wir möchten unseren Lesern einen äußerst reichen telefonischen Hinweis unserer Pflanz für nicht vorenthalten. Ich wollte euch bloß sagen, eine Delegation rein — aus Kuba, glaube ich. Das wäre vielleicht wichtig für die Zeitung. Das ist ein Kollege Thiemeig sind auch da. Da ist — ich — ein Sekretär oder Stellvertreter von Ebel. Ich bei, irgend so etwas habe ich aufgeschrieben.“ Es war weder der Sekretär noch der Stellvertreter Ebel, aber dennoch eine wichtige Delegation, von deren Existenz wir tatsächlich auf diesem Wege zum ersten Mal erfahren.

Was tun wir aber, wenn uns einmal auch die nicht verständigen?

dazu hören: „Zermürbt durch den jahrelangen Kampf, immer wieder aufs neue gefährdet, habe ich kapituliert. Die bösen Dinge, die ich damals geschrieben habe, um die Machthaber günstig für mich zu stimmen, waren die Folge dieser Kapitulation.“ Ich weiß, daß es für den Menschen, der aus dem Geist und für den Geist lebt, nichts Schlimmeres gibt als den Verrat am Geist.“

Es ist bedauerlich, daß diese gefährlich gut klingenden Phrasen in der Dokumentation un widersprochen bleiben. Denn es gibt „Schlimmeres“: z. B. Thalheims abgrundtiefe Heuchelei. Immerhin handelt es sich bei ihm um keinen anderen als den von Albert Norden als Mitglied des „Forscherkreis“, also des entscheidenden Gremiums im „Forschungsbeirat“ für Fragen der Wiedervereinigung...“ Gebrandmarkten. Während er mit der Feder in der einen Hand Brand heuchelt, langt er mit der anderen über den „Grauen Plan“ schon wieder nach dem „Ost-raum“, diesmal nach unseren Erzeugnissen. Seeligers Leser sollten wir uns auf beide Hände achten!

kommentare